

180 Millionen im Generalstreik

Gegen Privatisierungspolitik der indischen Regierung protestieren Angestellte des öffentlichen Dienstes

Von Florian Wilde

Es soll der größte Generalstreik der Landes- und wohl der Menschheitsgeschichte gewesen sein: Bis zu 180 Millionen Beschäftigte beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben am Freitag in Indien an einem Ausstand im öffentlichen Dienst, zu dem 10 Gewerkschaftsverbände aufgerufen hatten.

Sie hatten einen Katalog mit zwölf Forderungen aufgestellt, darunter die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns auf 18.000 Rupien (etwa 240 Euro), die Einführung einer Mindestrente von 3.000 Rupien (etwa 40 Euro), Preiskontrollen und ein Stopp der Privatisierungen. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi hatte nach dem Wahlsieg seiner hindunationalistischen »Bharatiya Janata Party« (BJP) 2014 umfangreiche Maßnahmen zur Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen eingeleitet.



180 Millionen Menschen in Indien treten in den Ausstand und kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Foto: Danish Siddiqui/Reuters

Um den Generalstreik abzuwenden, hatte die Regierung im Vorfeld Gesprächsbereitschaft signalisiert sowie eine geringe Erhöhung des Mindestlohnes und zweijährige Bonuszahlungen für die Menschen im öffentlichen Dienst angeboten. Diese Zugeständnisse reichten den Gewerkschaften aber nicht aus.

Wie *Al-Dschasira* am Freitag berichtete, traten vor allem die Beschäftigten bei Banken, der Post und öffentlichen Verkehrsunternehmen, sowie Lehrer, Bau- und Minenarbeiter in den Ausstand. Die von den Gewerkschaften verkündete Zahl von bis zu 180 Millionen Streikenden ließe sich aber nicht unabhängig überprüfen.

Die Beteiligung fiel nach Medienberichten regional sehr unterschiedlich aus. Während das Leben in Großstädten wie Delhi und Mumbai relativ normal weiterlief, waren neben den Bundesstaaten Telangana und Odisha vor allem die traditionell linken Hochburgen Tripura und Kerala betroffen. Dort hatte im Mai die von der maoistisch geprägten Kommunistischen Partei (CPI-M) angeführte Linksfront die Wahlen gewonnen. Der Ministerpräsident von Kerala, Pinarayi Vijayan, hatte auf Facebook zu einer Teilnahme an dem Generalstreik aufgerufen, was ihm scharfe Kritik seitens der BJP einbrachte.

Das Zentralkomitee der ebenfalls der indischen Linksfront angeschlossenen CPI, der zweitstärksten kommunistischen Partei des Landes, gratulierte den Beschäftigten zum bisher »erfolgreichsten gesamtindischen Generalstreik überhaupt«. Er sei noch größer ausgefallen als der im September 2015 mit damals 150 Millionen Beteiligten. »Die Regierung muss endlich begreifen, dass der Human Development Index für die Menschen wichtiger ist als das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Weitere stürmische Kämpfe werden folgen, wenn die Regierung ihre Politik nicht endlich ändert!« schrieb CPI-Generalsekretär Suravaram Sudhakar Reddy.

Jayati Ghosh, Professorin für Entwicklungsökonomie an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Delhi, erklärte gegenüber dem *Guardian*, dass Modis Politik an eine bereits 25jährige neoliberale Politik auf Kosten der Arbeiter anknüpft: »Weniger als vier Prozent der Arbeiter in Indien haben überhaupt einen echten Arbeitsschutz, und selbst der erodiert immer mehr.« Es gebe ein weitverbreitetes Gefühl, dass die Regierung, anstatt die Reichen zur Kasse zu bitten, immer nur die Armen angreife »und immer weniger Mittel für die essentielle öffentliche Daseinsvorsorge zur Verfügung stellt.« Beschäftigte im Gesundheitswesen hätten in einigen Bundesstaaten seit Monaten keine Löhne bekommen, und die Regierung ermunterte private Unternehmen aktiv, gegen gewerkschaftliche Arbeit vorzugehen.

Auch der linke Gewerkschaftsverband »New Trade Union Initiative« (NTUI) schätzte den Generalstreik als erfolgreich ein. Er hätte die »scharfe Opposition der Arbeiterklasse zur Politik der systematischen Verletzung der Rechte der Arbeiter durch die Regierung« zum Ausdruck gebracht. Zugleich sei er auch eine Antwort auf die monatelangen Angriffe der Regierung auf Studierende, unterdrückte Kasten, Frauen und Minderheiten gewesen.